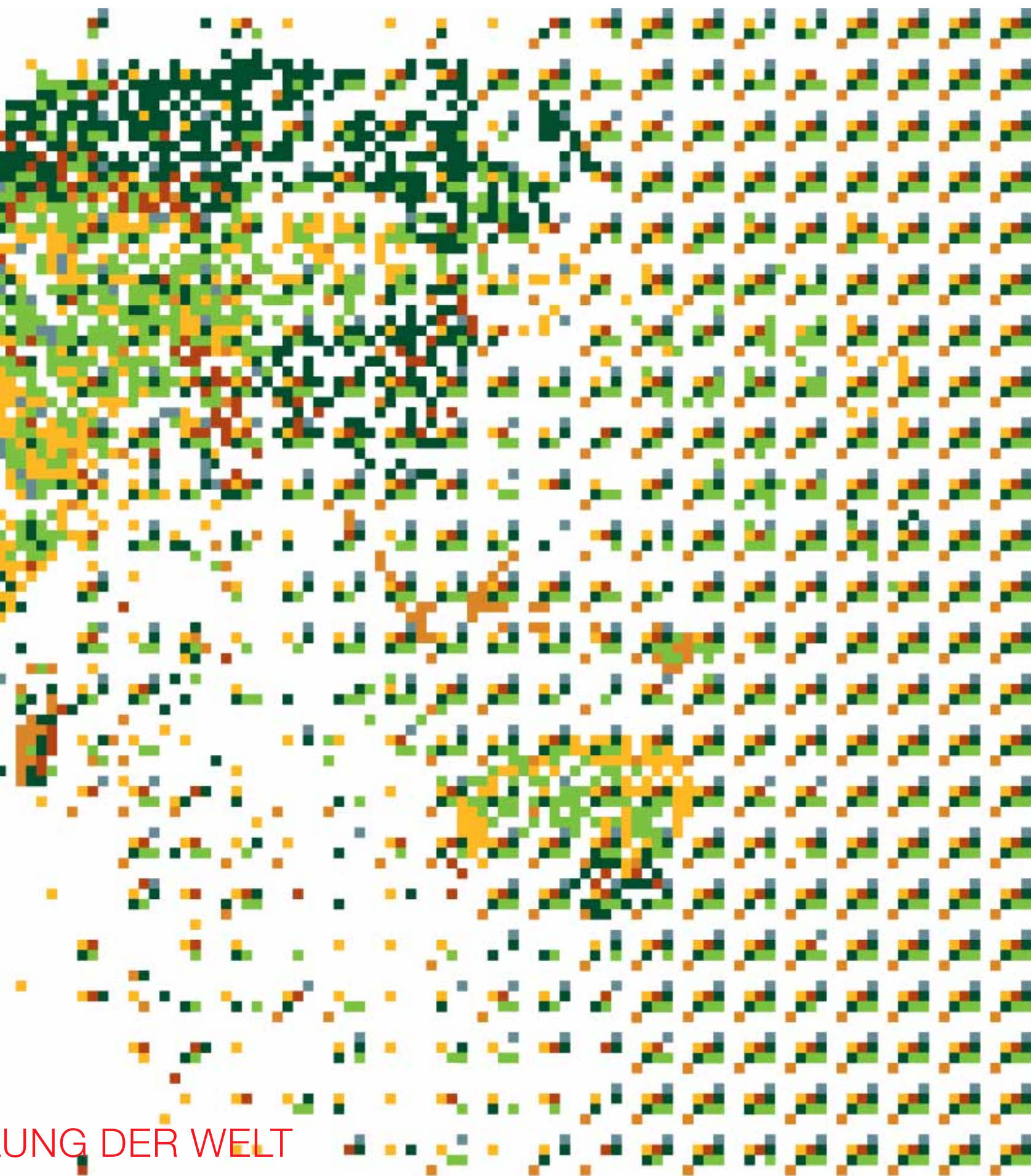


NEOTOPIA – VON DER ABSOLUT GERECHTEN VERTEIL

Es gab einmal eine Zeit, da war die Erde in unterschiedliche Landgebiete aufgeteilt und von einer riesigen Wassermasse umflossen. Auf die Erdkugel schien nur eine einzige Sonne. An einigen Stellen war es so kalt, dass keine Pflanzen wachsen konnten. Anderswo war es so heiss, dass nur Staub die Oberfläche bedeckte. Die Menschen lebten an verschiedenen Orten und mussten sich dort den Gegebenheiten der Natur anpassen. Die Nahrung war unterschiedlich verteilt.

Mit der Zeit begannen die Menschen in fremde Gebiete zu reisen. Und weil sie sehr neugierig waren, setzte bald eine riesige Völkerwanderung ein. Die Menschen legten grosse Distanzen zurück und reisten in die verlassensten Winkel der Erde. Auf ihren Reisen entdeckten sie, dass andere Menschen Dinge benutzten, die sie selbst nicht kannten. Oder dass sie Essen auf eine ihnen unbekannt Weise zubereiteten. So nahmen sie von ihren Reisen immer etwas nach Hause mit.



UNG DER WELT

Es entstand ein gewaltiges Durcheinander, weil alles vermischt wurde, und niemand mehr wusste, was wohin gehörte. Die Unterschiede wuchsen, und viele Menschen litten Hunger, während andere derart im Überfluss produzierten, dass grosser Abfall entstand. Man sprach nun von Armut und Reichtum.

Der Transport erfolgte zuerst mit Tieren, dann mit Lastwagen, Eisenbahnen und mit Flugzeugen. Man erfand immer neue Verkehrsmittel,

bis es schliesslich für niemand mehr ein Problem war, Dinge von einem Ort an einen anderen zu verschieben. Die Kluft zwischen den Menschen begann zu verschwinden.

Der Übergang zu absolut gerechten Besitzverhältnissen war ein unendlich langer Prozess der Auflösung und Neuverteilung aller Erwünschten und Unerwünschten, an dessen Ende alle gleich viel von allem hatten.

DER FETTRING DES SOZIALSTAATS

Manchmal scheint es, als stehe unsere Gesellschaft mitsamt der Wirtschaft am Scheideweg: Entweder sie verarmt sozial – oder sie prosperiert brutal. Experten der Universität Zürich sehen das jedoch ganz anders. Von David Werner

Wer früher Reformen forderte, der meinte damit: Einrichtung und Ausbau von Sozialwerken, Sicherstellung von Chancengleichheit, Verbesserung des Service public, kurz: mehr Umverteilung, mehr Gerechtigkeit. Heute hat sich die Reform-Semantik ins genaue Gegenteil verkehrt. Die Reformer von heute treten gegen die Reformen von gestern an. Reform heisst heute Privatisierungen, Steuersenkungen, Rentenaltererhöhung, kurz: weniger Umverteilung, weniger Gerechtigkeit. In Zeiten, wo der globale Wettbewerb die europäischen Hochlohnländer ökonomisch herausfordert, bleibt vom segenverheissenden Nimbus des Sozialstaates nichts als ein lästiger, hässlicher Fettring. Abmagerung wird gefordert, und nicht etwa nur im Interesse bestimmter Gruppen, nicht etwa nur im Sinne eines Klassenkampfes von oben – nein: zur Rettung des Standortes. Tatsächlich kann einem ein Blick auf den gegenwärtigen Zustand grosser Volkswirtschaften wie Deutschland oder Frankreich zur Überzeugung bringen, ein Wohlfahrtsstaat führe nicht zum allgemeinen Wohl, sondern zum allgemeinen Niedergang: Wegen Wirtschaftsflaute, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und fortschreitender Überalterung sind in diesen Sozialstaaten die Umverteilungskosten nicht mehr gedeckt. Von Gerechtigkeit kann trotz vergleichsweise hoher Staatsquote keine Rede sein, im Gegenteil, die so genannte neue Armut grassiert, und soziale Unterschiede akzentuieren sich eher noch, als dass sie verschwinden.

«Nichts ist unsozialer als der Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken lässt», schrieb 1962 Ludwig Erhard, die Inkarnation des deutschen Nachkriegs-Wirtschaftswunders. Hätte man auf ihn hören sollen? Stimmt die Kausalität: Je mehr Umverteilung, desto ineffizienter die Volkswirtschaft, desto

kleiner der zu verteilende Kuchen? Wenn ja, stehen wir dann nicht vor der Wahl zwischen Teufel und Beelzebub? Zwischen einer in Frieden und Gerechtigkeit ärmlich, schlapp und grämlich dahindümpelnden Umverteilungsgesellschaft auf der einen – und einem ökonomisch kraftstrotzenden Minimalstaat voll schreiender sozialer Ungerechtigkeiten auf der anderen Seite? Und wie wäre zu entscheiden?

IMMERGLEICHE STREITFRAGEN

Die Frage ging an die Ethikerin Susanne Boshammer, an den Soziologen Beat Fux sowie die Wirtschaftswissenschaftler Josef Falkinger und Josef Zweimüller. Die vier Experten sind sich in einem Punkt auf beruhigende Weise einig: Die

«Gerechtigkeit ist das Minimal Kriterium für die Beurteilung von gesellschaftlichen Einrichtungen.» Susanne Boshammer, Ethikerin

Wahl zwischen Teufel und Beelzebub steht nicht bevor. «Und wenn es so wäre», sagt Susanne Boshammer, «dann würde es höchste Zeit, dass sich alle klugen Köpfe zusammensetzten, um eine dritte Lösung zu finden.» Susanne Boshammer ist Oberassistentin an der Arbeits- und Forschungsstelle für Ethik an der Universität Zürich. «Ich finde es fürchterlich», sagt sie, «dass die politische Auseinandersetzung den immergleichen Streitfragen entlang verläuft: mehr Staat oder weniger Staat, Steuern rauf oder Steuern runter. Wenn ich mir vorstelle, dass diese Diskussionen noch in zwanzig Jahren so laufen, dann werde ich jetzt schon müde.»

Unter ähnlich unbeweglichen Frontstellungen wie die Politik leidet in den Augen von Susanne Boshammer auch die ethisch-philosophische Gerechtigkeitsdebatte: «Die Egalitaristen sind der Meinung, Verteilungsgerechtigkeit müsse sich vornehmlich am Gleich-

heitsideal orientieren; Antiegalitaristen finden, es reiche aus, wenn die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt und die Grundrechte garantiert würden», resümiert Boshammer. Dieses zunehmend zu beobachtende «Lagerdenken» erachtet sie weder als sinnvoll noch als hilfreich. Sie ist der Auffassung, dass weder die eine noch die andere Position in Reinform zu tauglichen Lösungsansätzen führt. «Erst die richtige Mischung bringt's», sagt sie. Mit den Antiegalitaristen würde sie dafür eintreten, es zum Wohle der Freiheit mit der Gleichheit nicht zu übertreiben. Von den Egalitaristen wiederum würde sie das Gleichheitsideal als Instrument der Kritik übernehmen, weil es ihr als «schlagkräftiges Argument zur Identifikation und Bekämpfung offenkundiger Ungerechtigkeiten» kaum verzichtbar erscheint. «Gerechtigkeit ist das Minimal Kriterium für die Beurteilung von gesellschaftlichen Einrichtungen: Nicht alles,

was gerecht ist, ist auch schon politisch durchsetzbar; aber nichts sollte politisch durchgesetzt werden, was nicht mindestens dem Anspruch nach gerecht ist», sagt sie und beruft sich dabei auf den Philosophen John Rawls.

Boshammer glaubt, dass es in Zukunft schwieriger und vor allem teurer werden wird, dem Gerechtigkeitsanspruch in einem ähnlichen Mass wie bisher genüge zu tun. Sie findet es nicht von vornherein unethisch, angesichts wirtschaftlicher und demographischer Probleme über gewisse Einsparungen nachzudenken. Es müsse allerdings sichergestellt sein, dass alle Bevölkerungsteile nicht nur weiterexistieren, sondern auch weiterhin gesellschaftlich partizipieren könnten. Auch die schwächsten Gesellschaftsglieder müssten einen Vorteil aus Reformen ziehen können, keine Gruppe dürfe einfach zum Wohl der übrigen geopfert werden. Und vor allem sei darauf zu achten,

dass auch die Reformpromotoren von den unangenehmen Auswirkungen ihrer Sparmassnahmen mitbetroffen seien. Was die Durchsetzbarkeit solcher Reformen anbelangt, sieht Boshammer allerdings viele Fragezeichen: «Solange Spitzenvertreter der Wirtschaft Jahreslöhne in Millionenhöhe kassieren, wird kaum jemand als glaubwürdig gelten können, der behauptet, dass wir uns eine gerechtere Gesellschaft nicht leisten könnten.»

KEINE ÖKONOMISCHEN ROSSKUREN

Dass reformerische Einschnitte ins soziale Netz überhaupt je die gewünschten wirtschaftsstimulierenden Effekte hervorrufen könnten, daran zweifelt Beat Fux, Privatdozent für Soziologie in Zürich. «Die Menschen werden nicht fleissiger, wenn die Gesellschaft ungerechter wird; sie werden bloss unglücklicher», sagt er. Wenn die bestehenden sozialen Einrichtungen erhalten blieben, werde das hiesige Wohlstandsniveau als Folge des globalen Wohlstandsausgleiches vielleicht etwas abnehmen; das sei aber gesellschaftlich zu verkraften. Ungleich schlimmer wäre es, wenn mutwillig der Gerechtigkeitsgedanke als politische Zielgrösse preisgegeben würde, denn damit, so Fux, handle man sich soziale Unruhe, Instabilität und die Desintegration ganzer Bevölkerungsschichten ein.

Von Rosskuren, wie sie Margaret Thatcher und Ronald Reagan ihren Ländern verordnet hatten, hält der Soziologe deshalb gar nichts: «Die sozialen Langzeitschäden einer solchen Politik wiegen schwer – auch in finanzieller Hinsicht: es kommt teuer, zerfallene Infrastrukturen wieder aufzubauen und Menschen, die aus dem sozialen Netz herausgefallen sind, wieder einzugliedern.» Auch von der positiven ökonomischen Entwicklung, die die Wirtschaft in Grossbritannien und den USA nach harten Übergangszeiten genommen hat, lässt sich Fux kaum beeindrucken. Zwar schaffe ein solcher Aufschwung Arbeitsplätze und zahlungskräftige Steuerzahler, doch ob am Ende die vielen Opfer einer solchen Schocktherapie auch profitieren würden, bezweifelt er: «Dieses Kalkül ist zu einseitig ökonomisch gedacht; das Wirtschaftswachstum allein ist kein Indiz für das Wohl einer Gesellschaft.»

Fux ist sicher, dass es nicht gelingen werde, mit dem Argument der verschärften globalen Konkurrenz «Sozialabbau» durchzusetzen. Spricht daraus die Zuversicht des Soziologen, dem von Haus aus der Glaube an die Durchschlagskraft des Gerechtigkeitsgedankens nahe liegt? Fux wägt ab: Zunächst glaube er einfach an die Demokratie; die Bevölkerung werde ihre über Generationen hinweg erkämpften sozialen Einrichtungen nicht einfach wieder aufgeben. Andererseits bestätigt Fux, dass soziale Gerechtigkeit der Leitbegriff und der wichtigste Orientierungspunkt seines Faches sei. «Wir erforschen, wo und warum sich in der Gesellschaft Ungleichgewichte einschleichen und suchen nach Lösungen, wie sie wieder ausgemerzt werden können.» Die Soziologie hat seiner Meinung nach die Aufgabe, die Gesellschaft integral, in all ihren Teilaspekten wahrzunehmen – und nicht nur nach dem Kosten-Nutzen-Schema.

GERECHTE VERTEILUNG STÄRKT KOOPERATION

Doch muss ökonomisches Effizienzdenken immer zur Lösung «mehr Markt, weniger Staat» führen? Nicht unbedingt. Josef Falkinger und

«Ein Standort mit erstklassiger Infrastruktur kann trotz hoher Steuerquote attraktiv sein.» Josef Falkinger, Ökonom

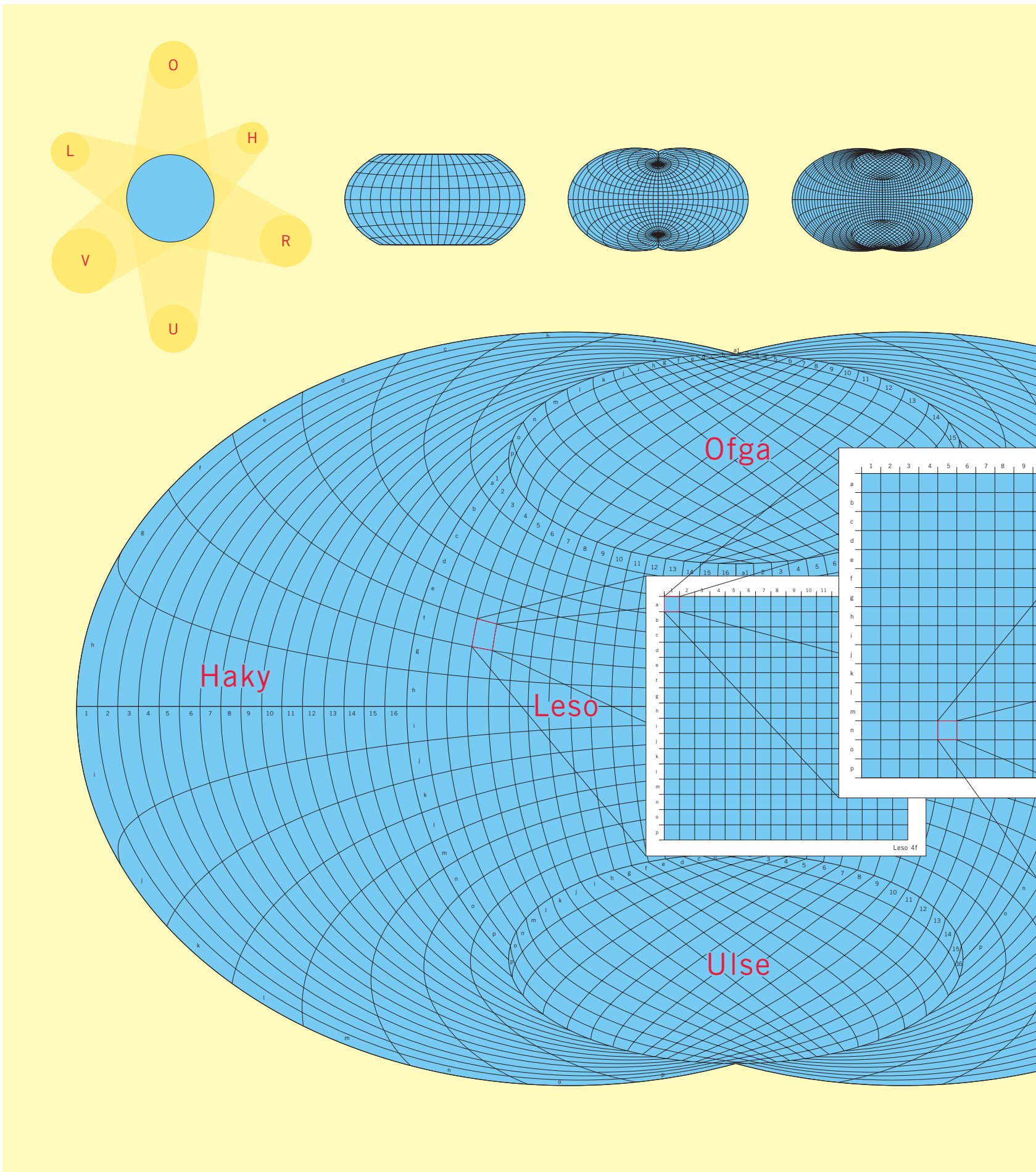
Josef Zweimüller etwa, Professoren für Makroökonomie an der Universität Zürich, teilen die Auffassung nicht, dass staatliche Umverteilung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit automatisch beeinträchtigt: «Es ist nach zehn Jahren intensiver empirischer Debatte erwiesen, dass die ungleiche Verteilung von Vermögen und – in etwas geringerer Masse – auch von Einkommen im weltweiten Vergleich sich eher negativ auf das langfristige Wirtschaftswachstum auswirkt», sagen Zweimüller und Falkinger übereinstimmend. Zunehmend erkenne man in der Ökonomie, dass soziale Gerechtigkeit nicht nur mit Kosten verbunden sei: «Mikroökonomien machen darauf aufmerksam, dass gerechte Ressourcenverteilung die Kooperationsbereitschaft von Mitarbeitern stärkt. Makroökonomien wiederum können zeigen, dass soziale Ausgewogenheit ein positives Klima für Investitionen schafft», sagt Zweimüller. Zudem könne im glo-

balen statistischen Vergleich nicht nachgewiesen werden, dass die Steuerquote das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt. Wachstumsentscheidend sei vielmehr, wofür die Steuern ausgegeben würden. «Ein Standort, der in eine erstklassige Infrastruktur und erstklassige Bildung investiert, kann für viele Wirtschaftsbeiriche trotz hoher Staatsquote attraktiv sein», sagt Falkinger. Wichtig sei, dass die Kombination zwischen Steuersatz, Lohnkosten und Infrastrukturangebot stimme.

Falkinger und Zweimüller sind sich darin einig, dass der Sozialstaat nicht die Hauptschuld an der langjährigen Wachstumschwäche der Schweizer Wirtschaft trägt. «Ausschlaggebend für das Wirtschaftswachstum ist die Innovationskraft eines Landes, und die wiederum hängt davon ab, in welchem Grad sich das Land dem internationalen Wettbewerb stellt», sagt Falkinger. Der staatliche Schutz und oder gar die Subventionierung ganzer Wirtschaftszweige behindere die Anpassung an den Globalisierungsprozess und belaste den Standort Schweiz weit mehr als die sozialen Kosten. Gewiss habe ein Sozialstaat immer

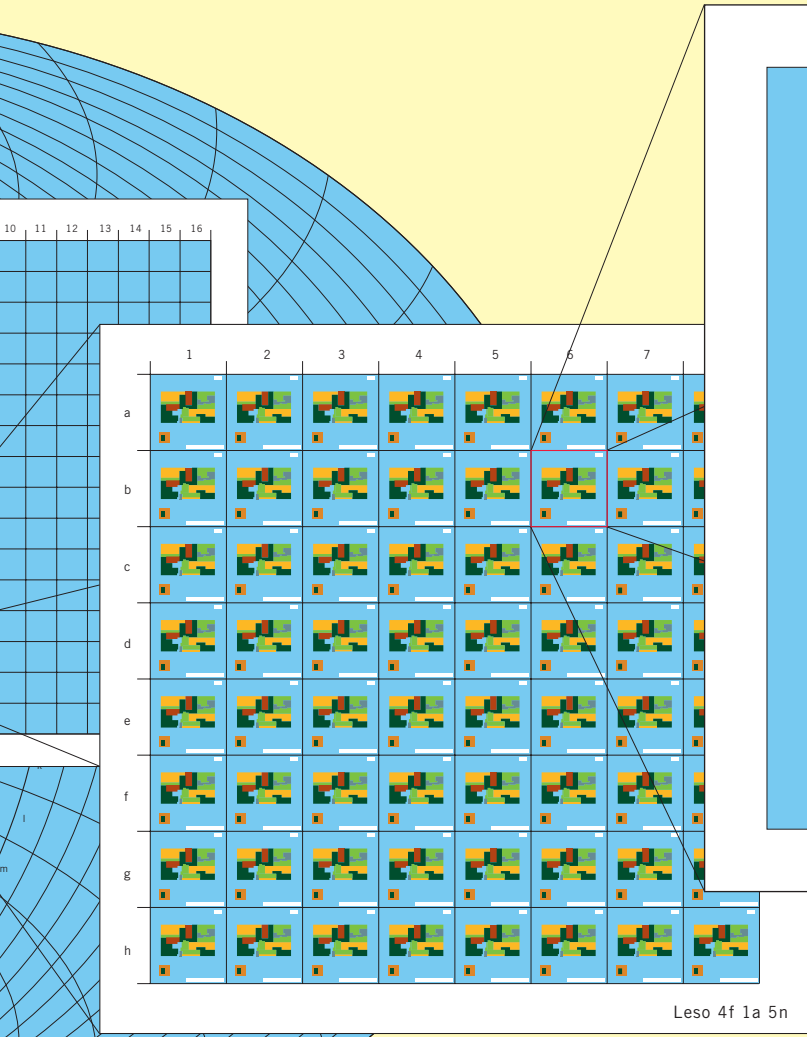
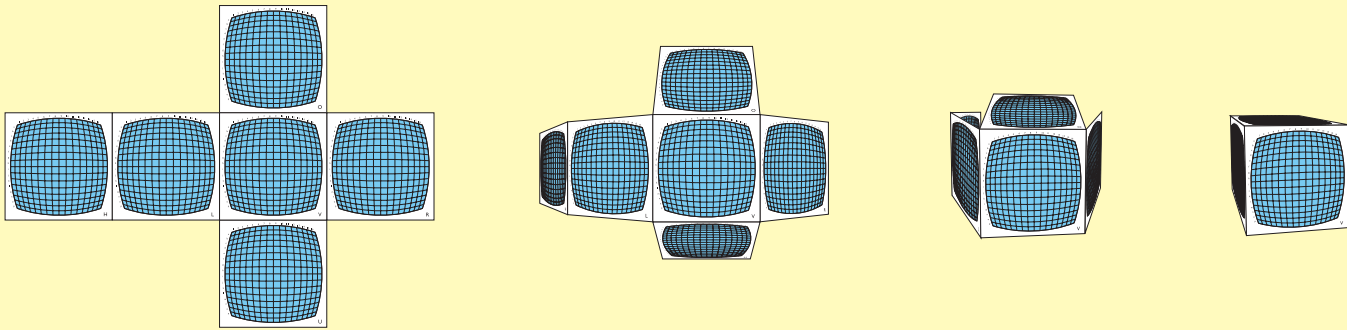
auch Effizienzprobleme, die man in Schach halten müsse; trotzdem sei Staatsabbau per se kein Rezept für die wirtschaftliche Gesundheit. Im Bildungsbereich wäre für Falkinger sogar ein noch stärkeres staatliches Engagement als bisher wünschenswert. «Es grenzt ökonomisch gesehen an Verschwendung, wenn vorhandene Talentressourcen in der Bevölkerung nicht bestmöglich genutzt werden», sagt er. Und Zweimüller meint: «In Zeiten, wo sich die hiesige Produktionsstruktur noch stärker als je zuvor auf hoch qualifizierte Bereiche verlagert, sollte der Staat die Konkurrenzfähigkeit des Standortes Schweiz nicht dadurch sichern, dass er billig ist, sondern dadurch, dass er die beste Qualität bietet.»

KONTAKT Dr. Susanne Boshammer S.Boshammer@access.unizh.ch, PD Dr. Beat Fux fux@soziologie.unizh.ch, Prof. Josef Falkinger josef.falkinger@wwi.unizh.ch, Prof. Josef Zweimüller zweim@iew.unizh.ch

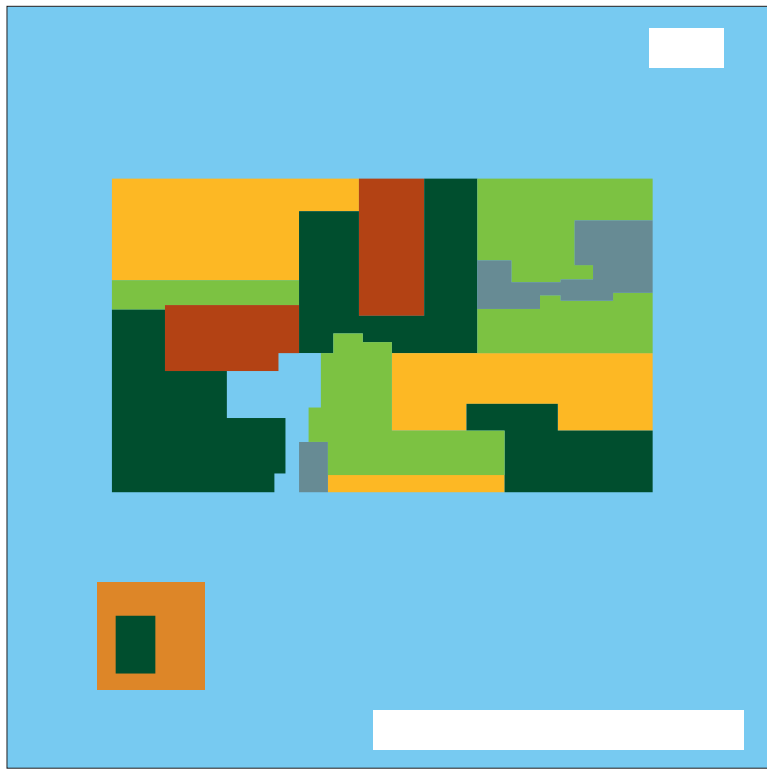


Die Erde ist nun ein abgeschlossenes Projekt. Sie besteht aus kleinsten Einheiten. Die Menschen gehen individuellen Aufgaben nach, um den durchschnittlichen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Die neue Welt ist überschaubar. Sie verfügt über ein Orientierungssystem, dank dem jede einzelne Person und damit jedes einzelne Land anhand eines Codes ausfindig gemacht werden kann.

Diese totale Übersicht ermöglicht die lückenlose Vernetzung aller Menschen. Die Kommunikation – noch immer ein grundlegendes Bedürfnis – ist intensiver geworden, weil alle einander jederzeit von überallher erreichen können. Da dies für alle gleichermassen gegeben ist, gibt es weder Benachteiligte noch Bevorzugte. Und überall ist es gleich hell und warm: Das Orientierungssystem bezieht sich auf die

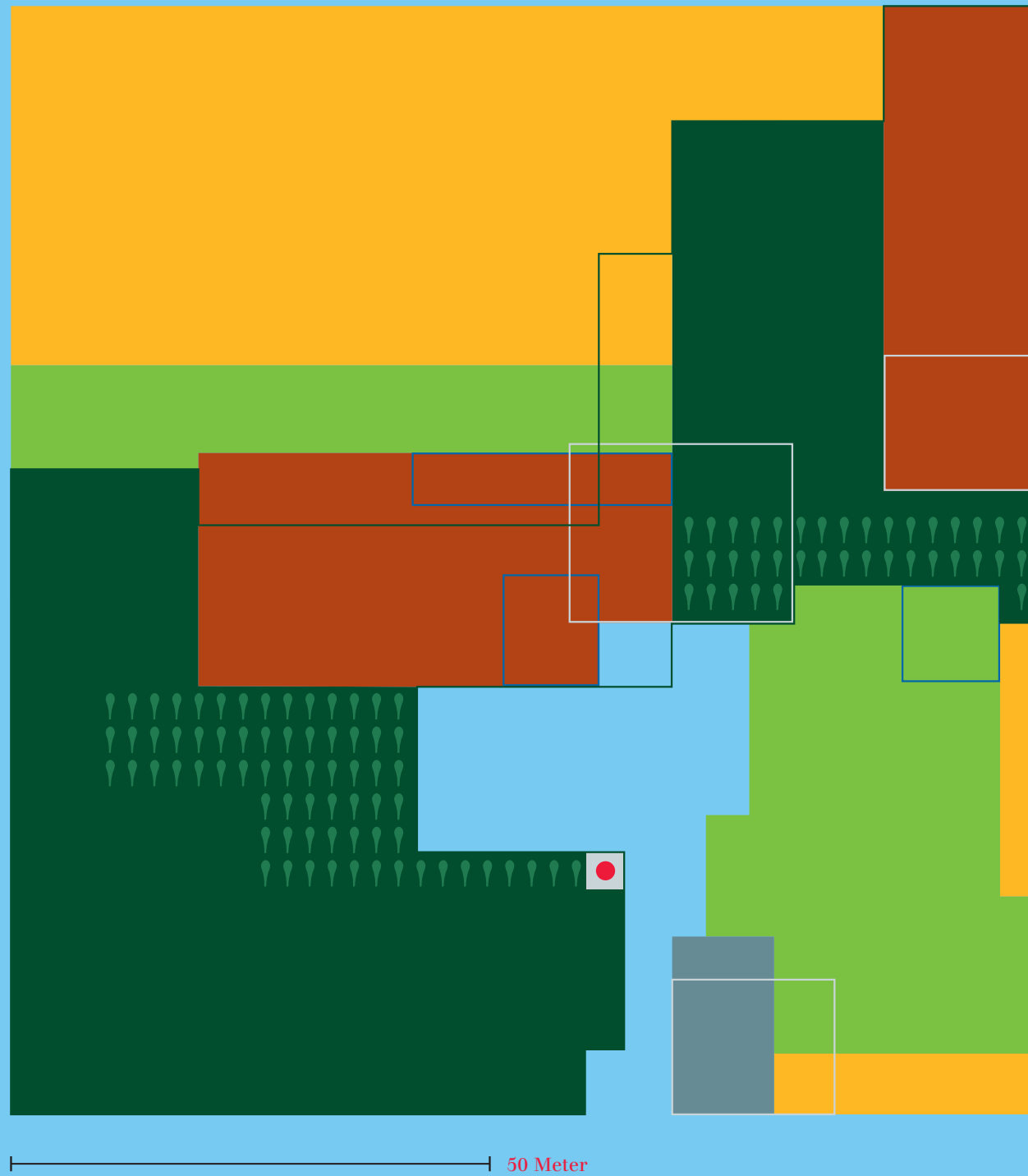


Leso 4f 1a 5n



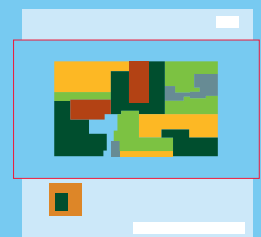
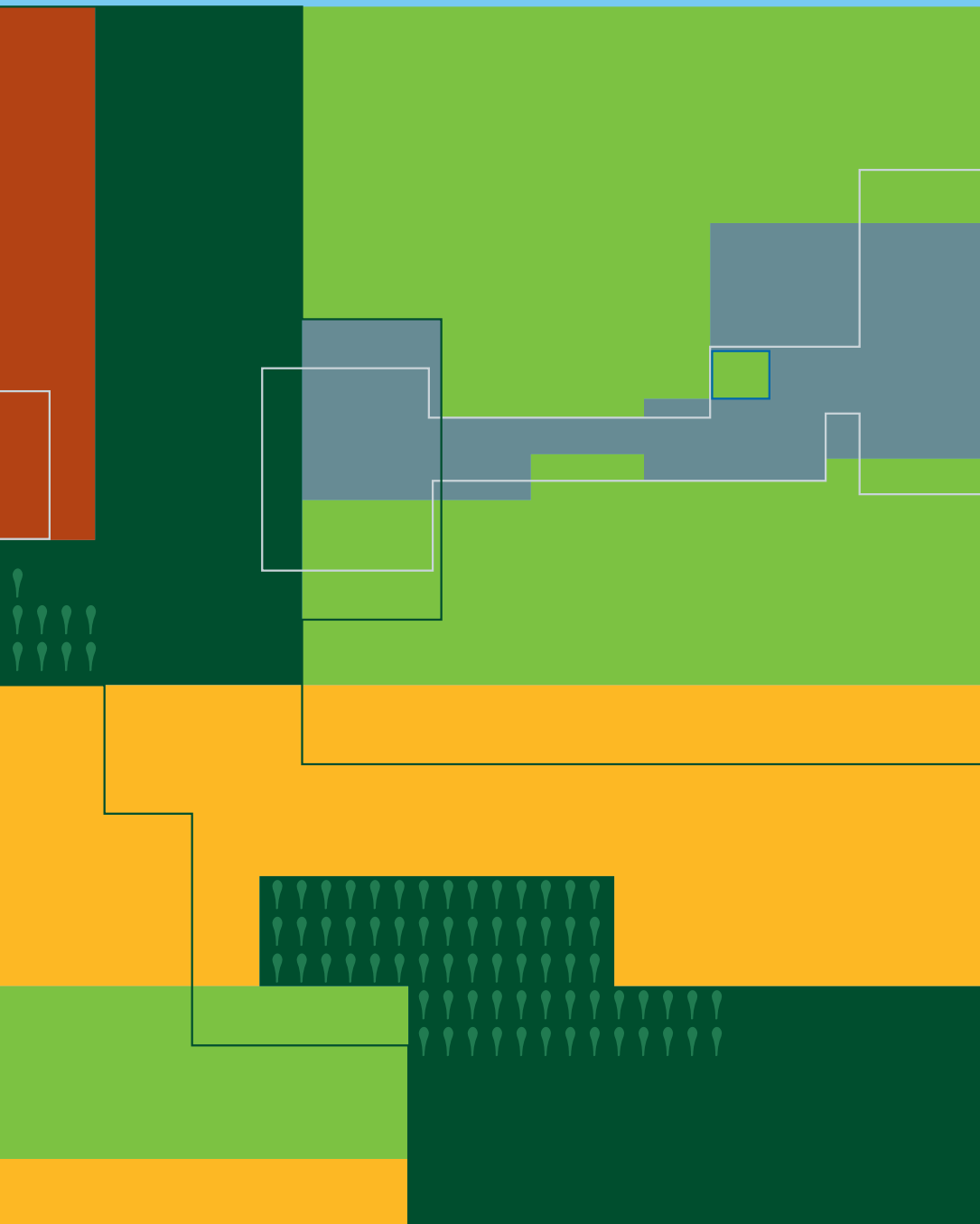
Leso 4f 1a 5n 6b

sechs Sonnen des neuen Sonnensystems und basiert auf einem Raster. Durch Heranzoomen wird die Erde auf immer detaillierteren Karten zunehmend deutlicher erkennbar.



Die 6442450944 Länder der Erde sind alle gleich: Jedes Land hat eine Fläche von 291,5 m mal 291,5 m. Davon sind 71% Wasser und 29% Land. Der Bildausschnitt zeigt das Trockenland, das sich in der Mitte auf einem Rechteck von 200 m mal 115 m befindet. Eine kleine Insel ragt 33 m vom Festland entfernt aus dem Meer. Die Eismassen befinden sich an den Grenzen zum oberen und unteren Nachbarland. Jede einzelne Person hat von Geburt an das Anrecht

auf ein eigenes Land. Sie ist jedoch nicht Besitzerin dieses Landes, sondern hat nur das Recht, es zu bewohnen. Alle Länder sind mit den existenziell notwendigen Rohmaterialien ausgestattet, und jede einzelne Person hat den Anspruch auf einen sechsmilliardstel Teil der Weltproduktion.



Ausschnitt der Karte im Massstab 1:650

- Ödland (Wüste, Steingebiet, Vulkan, Steppen, Trockenzonen)
- Vor einigen tausend Jahren waren 14400 m² auf unserem Land mit Wald bedeckt, heute sind es noch 8100 m².
- Wald (Laub-/Nadelwald)
- Regenwald
- Jährlich wird eine Fläche von 16 m² Regenwald pro Kopf gerodet. Wir haben noch 187 Jahre lang Regenwald.

- Wiese (Weideland, Gras, Hochgebirge, Steppen mit Büschen)
- Ackerland (landwirtschaftliche Produktion, Reis, Plantagen)
- bewässertes Land
- urbanes Land (Wohnfläche, Gewerbe, öffentliche Plätze, Industrie, 7 m Strasse und 20 cm Eisenbahn)
- In unserem 64 Jahre dauernden Leben verbringen wir 44 Jahre, 9 Monate und 18 Tage auf 1986,16 m² unseres Landes.